

Wenn Elefanten über Grünschnäbel lästern

Im ersten Wahlkampf-Showdown der vier obersten Vertreter der Bundesratsparteien ging es gestern um Atomenergie und Migration. Dabei verharteten sie mehrheitlich auf bekannter Position, pochten aber darauf, dass die Ihrige die originale ist.

THOMAS MÖCKLI

Weil an der besonderen StadTalk-Runde viel für und gegen jene geredet wurde, die im rund 100-köpfigen Publikum und auf dem prominenten Podium nicht vertreten waren, mussten die drei bürgerlichen Parteipräsidenten und die SP-Vizepräsidentin wechselweise die Rollen ihrer Gegner, Feindbilder oder Wähler gleich selber einnehmen. Die FDP verliere Wähler, weil sie trendige Themen wie die Zukunft des Atomstroms politischen «Grünschnäbeln» überlasse, mutmassliche Moderatorin Karin Landolt. «Dafür lösen wir die Probleme», gab Fulvio Pelli selbstbewusst zurück. Worauf

SVP-Präsident Toni Brunner einhakte, Pelli möge also seinen Wählerschwund lösen, weil die FDP rechts der Mitte gebraucht würde. Brunner selbst fiel es leicht, zu erklären, warum die SVP nach neuestem Wahlbarometer erneut zulegt, obwohl sie zur Atompolitik, momentanes Wählerthema Nummer 1, bisher kaum Position bezogen hat: «Wir warten auf den Volksentscheid und folgen dem Auftrag.»

Das wiederum müsste die SP ärgern, die immer noch nicht punkten kann, obwohl sie den Atomausstieg seit eh und je auf der Agenda hat. Vizepräsidentin Jacqueline Fehr nimmt gelassen: «Es ist klar, dass viele nach einem Ereignis wie Fukushima erst

mal links-grün oder rechts-grün wählen.» Mittelfristig werde man sich aber an das Original, die SP, erinnern, die seit Jahrzehnten eine nachhaltige Umweltpolitik mache. «SP-Bundesrat Leuenberger schaffte die Energiewende in 16 Jahren nicht – unsere Bundesrätin Leuthard wird sie in zwei,

«Ich würde bleiben und helfen, mein Land aufzubauen»

Brunner als Flüchtling



drei Jahren bewerkstelligen», ortete CVP-Präsident Christophe Darbellay die Themenführerschaft bei der CVP und einer Allianz mit Grünliberalen

und BDP. Brunner münzte den «ver zweifelten Versuch» der CVP, Wähler an Land zu ziehen, in einen Wahlspot um: «Wenn Sie GLP oder BDP wählen, wählen Sie CVP. Wählen Sie also besser gleich die SVP, die den Volksentscheid abwartet.» Eine klare Botschaft zur Sache hatte nur Pelli: «Beznau I+II und Mühleberg werden nicht ersetzt.» Also müsse man jetzt nur diskutieren, wie rund 15 Prozent des Strombedarfs anders gedeckt werden können. Was dereinst mit Gösgen und Leibstadt geschieht, will er der nächsten Generation überlassen.

Parallel zur Atomzukunft lieferten sich die Elefanten auch mehrere Hacks zur Flüchtlingsfrage, zur Personenfreizügigkeit und zum Bevölkerungswachstum. Auch hier stand immer wieder Original gegen Original: Brunner warf Fehr Blauäugigkeit vor, weil sie «alle kommen lassen» wolle. Fehr konterte, jene, die alle kommen

liessen, seien die SVP-Bauern, die billige Arbeitskräfte benötigten. Einen Schlagabtausch, den Darbellay und Pelli wiederum mit klassischen Mit-



«Ich würde sofort einen Gesamtarbeitsvertrag abschliessen»

Fehr als Unternehmerin

positionen abdämpften: «Wir müssen helfen, aber vor allem vor Ort.» Ausserdem, so Pelli, malten SP wie SVP den Teufel an die Wand. Der Migrationsdruck entspringe der momentanen Kumulation von alten und neuen, geplanten und ungeplanten Ereignissen. «Er wird wieder abnehmen.»

Kirchgemeinde Seen: Stiftung bleibt dabei

Die evangelikale Stiftung «Focus.c» darf weiterhin in der Kirchgemeinde Seen aktiv bleiben. Die Zusammenarbeit wird aber neu geregelt.

KATHARINA BAUMANN

Per Ende 2010 kündigte Ruth Näf Bernhard ihre Pfarrstelle in Seen. Grund war der Einfluss der evangelikalen Stiftung «Focus.c», die mehrere Teilzeitstellen der Kirchgemeinde finanziert. Der Kirchenrat liess die Zusammenarbeit abklären, die Resultate liegen nun vor. Demnach soll die Stiftung weiterhin in der Kirchgemeinde tätig sein können. Laut Kirchenratspräsident Michel Müller wird Alfred Frühauf, Schreiber des Kirchenrats, als Delegierter mit der Kirchgemeinde und der Stiftung die Zusammenarbeit neu regeln. Die Verantwortungen, Kompetenzen und die Kommunikation sollen geklärt werden. Konkret soll vor allem transparent gemacht werden, welche Aktivitäten von der

Stiftung und welche von der Kirchgemeinde getragen werden. Ein Teil der Kirchenpflege Seen zeigte sich in einer Stellungnahme darüber enttäuscht, dass die Leistungen der Stiftung im Bericht nicht stärker gewürdigt werden. Müller betont aber: «Die Bezeichnung der Arbeitsweise als «zweckmässig» ist aus dem Mund eines Juristen keineswegs abwertend gemeint.»

Kirchenpflegepräsidentin Verena Bula ist mit dem Beschluss mehr als zufrieden: «Wir haben uns gewünscht, dass wir die neue Zusammenarbeit mit Hilfe des Kirchenrats erarbeiten können.» Auch inhaltlich geht sie mit dem Bericht einig, vor allem, was die Kommunikation angeht: «Gegen innen war klar, ob die Tätigkeiten von der Stiftung oder von der Kirchgemeinde aus kamen – gegen aussen konnten aber Missverständnisse entstehen.» Und die Kirchenpflege steht vor einer weiteren Aufgabe: die Nachfolge von Pfarrerin Näf. Inserate sind geschaltet. Die Kirchgemeinde habe einen guten interimistischen Vertreter und lasse sich mit der Neubesetzung Zeit.



Die Kirchgemeinde Seen muss die Kooperation mit der Stiftung «Focus.c» neu regeln – mit einem externen Delegierten. Bild: wue

Ein Panoptikum protestierender Bürger

Der jüngste Jahresbericht der Ombudsfrau Viviane Sobotich liest sich wie eine Klageschrift frustrierter Bürger, die sich vom Bauamt schikaniert fühlen. Da und dort rügt sie dessen Praxis.

MARTIN GMÜR

Fast 200 Fälle hat Viviane Sobotich in ihrem zweiten Jahr als Ombudsfrau bearbeitet – das sind wesentlich mehr, als in den letzten fünf Jahren je anfielen. Die konfliktträchtigsten Departemente waren das Soziale (86 Fälle, wovon 20 verwaltungsinterne), Schule und Sport (15 interne und 5 externe) sowie das Baudepartement (22 ratsuchende Bürger plus ein interner Fall). Einige dieser Baugeschichten schildert Sobotich in ihrem Jahresbericht 2010 – anonymisiert, aber aufschlussreich. Sie erzählen oft von Menschen, die sich den Behörden ausgeliefert fühlen, deren Entscheide als Willkür und Regeln als Strafe empfinden. Oft hat auch Ombudsfrau Sobotich den Eindruck, etwas mehr Kundennähe könnte das Konfliktpotenzial verringern.

Da ist zum Beispiel jene Frau, die wegen ihres neuen Gartenschopfs dreimal beim Baupolizeiamt war: Zuerst in der Sprechstunde, wo sie ihre selber gezeichneten Pläne vorlegt und keine Einwände zu hören bekommt. Nachdem sie diese eingereicht hat, teilt man ihr mit, man verstehe die Pläne nicht. Also engagiert sie einen Bauzeichner. Wieder wirds nichts: Für dieses Projekt brauche sie das Näherbaurecht eines Nachbarn. Und nochmals müs-



«Die Behörden sollen so reden und schreiben, dass die Bürger es verstehen»

Viviane Sobotich

sen die Pläne geändert werden. Nun platzt der Frau der Kragen. Sie stellt der Baupolizei 900 Franken Schadenersatz in Rechnung. Weil sie nichts hört, wendet sie sich an Sobotich. Die Ombudsfrau prüft die rechtliche Sachlage, hat daran aber nichts zu kritteln.

Und doch sei «punkto Kundenfreundlichkeit ein Fragezeichen zu machen», findet sie. Wenn etwas in einem Baugesuch nicht in Ordnung sei, müsse dies insbesondere Laien verständlich gemacht und früh auf mögliche Probleme hingewiesen werden.

Enttäuschte Erwartungen

Viele Fälle, die Sobotich schildert, folgen diesem Muster. Die Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern werden enttäuscht. Eine Floristin bekommt keine Entschädigung, nur weil eine Baustelle vor ihrem Laden den Umsatz schmälert – die Einnahmen waren schon vorher eingebrochen. Ein Senior bekommt nicht wegen seines Alters keine Parkplätze bewilligt, wie er vermutet, sondern weil sein Grundstück in einer Kernzone liegt. Und nein: Das Amt für Städtebau entscheidet nicht willkürlich über die ästhetische Einordnung von Um- oder Neubauten, wie ein Baugesuchsteller unterstellt. Aber es hat in der Tat einen grossen Ermessensspielraum. Auch in diesem Fall rügt Sobotich in ihrem Bericht die Behörden leise: «Der Beurteilungsmassstab ist meiner Ansicht nach besser zu kommunizieren.»

An einer Medienorientierung verdeutlichte die Ombudsfrau gestern, woran der Kontakt zwischen Ämtern und Kunden gelegentlich krankt: «Die Bürger haben Erwartungen an die Verwaltung. Insbesondere, wenn sie vorher beraten wurden, vertrauen sie auf die Verlässlichkeit.» Gerade in komplexen baujuristischen Fragen sei es deshalb wichtig, so zu kommunizieren, dass Laien das Geschriebene und Gesagte verstünden. Bauprofis falle dies leichter, weil sie die gleiche Sprache redeten wie die Behörden. «In der Ombudsstelle leisten wir deshalb auch viel Aufklärungs- und Übersetzungsarbeit.»

Fragen zur Pflegefinanzierung

Sobotich stellte jedoch weder das Baudepartement noch sonst eine städtische Stelle an der Pranger, sondern gab der Verwaltung generell gute Noten. Ein Fragezeichen setzte sie hinter die in aller Eile vom städtischen wie vom kantonalen Parlament erlassenen Regeln zur Pflegefinanzierung: «Das schaue ich mir im Moment genauer an. Wenn Rechtsgrundlagen in einem solchen Schnellzugstempo geschaffen werden, lohnt sich ein zweiter Blick darauf.»

Unterhosen und Gebiss verloren

In Kurzform schildert Ombudsfrau Sobotich in ihrem Bericht alle 194 Fälle des letzten Jahres. Wir zitieren daraus fünf Beispiele:

- Frau T. erklärt, es träten immer wieder Probleme auf mit der Wäscherei im Altersheim. Es werde unsorgfältig gearbeitet und es gingen Unterhosen verloren.
- Herr K. stört sich am Lärm des Laubbläasers seines Nachbarn. Die Stadt müsse mehr dagegen tun.
- Kann man das Sozialamt überzeugen, keine Strafanzeige wegen Sozialhilfebetrugs zu erheben, wenn man in Raten zurückzahlt?
- Frau C. beklagt sich, dass ihr Beistand ihr künstliches Gebiss, das sie während eines Brechanfalls verloren habe, nicht ersetzen wolle. Nun könne sie keine feste Nahrung mehr zu sich nehmen. (Mündlich ergänzte Viviane Sobotich, die Frau habe wieder ein Gebiss.)
- Die Lehrerin habe in Abwesenheit von Z. den übrigen Schülern gesagt, sie sollten ein Auge auf Z. werfen, ob sie Drogen verkaufe, erzählte eine Mitschülerin. Die Mutter von Z. ist schockiert. (mgn)